

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 32 | 2014 Berlin 27.10.2014

Ausbau der Forschung zum Strahlenschutz weiter vorantreiben

Wissenschaftsrat verabschiedet Stellungnahme zum Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter

Ein weiterer Ausbau der Forschungsaktivitäten am Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter, ist nach Auffassung des Wissenschaftsrates notwendig, um eine qualitativ hochwertige Aufgabenwahrnehmung dieser zentralen Einrichtung des Bundes auf dem Feld des Strahlenschutzes zu gewährleisten. Gewürdigt werden die Fortschritte, die die Fachbereiche Strahlenschutz und Gesundheit (SG) sowie Strahlenschutz und Umwelt (SW) im Hinblick auf ihre Forschungsleistungen seit der vergangenen Evaluation durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2006 gemacht haben und die in verbesserten Publikationsleistungen und erhöhten Drittmitteleinnahmen zum Ausdruck kommen. Dennoch sollte das BfS den Ausbau der Eigenforschung weiter vorantreiben.

Verbesserungsbedarf wird zudem gesehen bei der strategischen Steuerung der Forschung. Der Wissenschaftsrat bekräftigt daher seine Empfehlung aus dem Jahr 2006, einen übergreifenden, international besetzten wissenschaftlichen Beirat einzurichten, der die Fachbereiche bei der Identifikation neuer Forschungsthemen und bei der Schwerpunktsetzung in der Forschung unterstützt. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sollte dem BfS bei der strategischen Forschungsplanung größeren Handlungsspielraum gewähren.

Die Schwerpunktsetzung in der Forschung muss aus Sicht des Wissenschaftsrates flexibler als bisher ausgestaltet werden. Vor diesem Hintergrund sollte das BfS einen Anteil von rund 10 Prozent der wissenschaftlichen Stellen auf Postdoc-Niveau flexibel vergeben können. Zudem sollte ein Graduiertenfonds eingerichtet werden, aus dem jährlich rund zehn Stipendien für die Anfertigung von Promotionen finanziert werden.

Die Bearbeitungszeiten für wissenschaftliche Dienstleistungen des BfS müssen erheblich verkürzt werden, insbesondere bei Genehmigungsverfahren für die Anwendung ionisierender Strahlung in der medizinischen Forschung. „Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sind“, so der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Manfred Prenzel.

Schließlich sollte das Bundesamt für Strahlenschutz seine Personalrekrutierung aktiver betreiben, insbesondere durch eine verstärkte Nachwuchsförderung und eine Ausweitung der Kooperationen mit Hochschulen, um dadurch den Kompetenzerhalt am BfS zu gewährleisten und die Bearbeitung wichtiger Forschungsthemen nachhaltig abzusichern.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Salzgitter“ (Drs. 4201-14) wird im Netz als Volltext (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4201-14.pdf>) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.